

„Landtage werden in den Hinterhof gedrängt“

INTERVIEW Der Bonner Rechtsgelehrte Klaus Gärditz über die Zukunft der Landesparlamente

Als der NRW-Landtag vor 30 Jahren in sein repräsentatives Gebäude am Rhein umzog, hatte er eine größere Bedeutung als heute, sagt der Bonner Jura-Professor Klaus Gärditz. Mit ihm sprach Bernd Eyer mann.

Warum hat die Bedeutung der Landtage abgenommen?

Klaus Gärditz: Wegen der stark vorschreitenden Europäisierung seit dem Maastricht-Vertrag in den 90er-Jahren. Die Bundesländer sind die Verlusttragenden dieses Prozesses. Früher hatten die Länder größere Gestaltungsräume etwa hinsichtlich des Verfahrens, wenn sie Bundesgesetze vollzogen. In wichtigen Regelungsbereichen gelten aber inzwischen engmaschige europarechtliche Verfahrensregelungen.

Was bedeutet das?

Gärditz: Zum Beispiel im Umweltrecht gilt kaum noch deutsches, sondern nur noch umgesetztes Europarecht. Die Verfahrensautonomie der Länder ist weitgehend eingeschränkt. Denken Sie an die Industrieemissions-Richtlinie und jene über Umweltverträglichkeitsprüfungen, bei der die Länder nur noch vollziehendes Rädchen sind.

Ist das eine gute Entwicklung?

Gärditz: In der EU brauchen wir einheitliche Vollzugsstandards. Für die Landtage ist es aber eine nachteilige Entwicklung, weil sie in den politischen Hinterhof gedrängt werden. Die wesentlichen Entscheidungen werden in Berlin, Straßburg und Brüssel ausgehandelt. Da bleibt die Identifikation der Bürger mit den von ihnen gewählten Repräsentanten bisweilen auf der Strecke.

Sehen Sie neue Möglichkeiten für die Landtage, Bedeutung zu gewinnen?

Gärditz: Ja. Etwa in der Kontrolle der Landesregierungen. Ein Untersuchungsausschuss zu Anis Amri, die Aufklärung über die Abschiebung

von Sami A. vorbei an den Gerichten – da wird der Landtag in seiner Kontrollfunktion sichtbar und ernst genommen. Oder – im Bereich der Gesetzgebung – die harten Diskussionen um das Polizeirecht und die Frage, wie wir mit einem Gefährder umgehen, der noch nicht zum Anschlag angesetzt hat, der aber durch sein Gesamtverhalten anzeigt, dass er hochgefährlich ist. Da sind wir in der Mitte eines globalpolitischen Risikoszenarios, für das bei uns aber die Länder zuständig sind.

Kann sich die Bundesrepublik länger leisten, 16 verschiedene Polizeigesetzgebungen zu haben?

Gärditz: Bei der Abwehr von Terrorismus oder der nachrichtendienstlichen Aufklärung von Spionage- oder Cyberangriffen gibt es schon eine stärkere Zentralisierung. Wenn eine Großstadt aber Probleme

Zur Person

Der 43-jährige **Klaus Gärditz** ist Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Bonner Uni. Im Nebenamt ist er Richter am Obergericht in Münster und stellvertretendes Mitglied des NRW-Verfassungsgerichtshofs. Gärditz stammt aus Oberbayern und hat in Bonn und Köln Jura studiert. Mit seiner Frau und zwei Kindern wohnt er in Bad Godesberg. ye/FOTO: TILL EITEL



me mit Bandenkriminalität hat, ist das ein sehr regionales Problem. Das spüren die Menschen vor Ort. Dafür sollten die Entscheidungen nicht auf Bundesebene getroffen werden.

Auch bei der Schulpolitik wird vielfach die Frage gestellt, ob es nicht zeitgemäßer wäre, wenn die Länder

Kompetenzen abgäben.

Gärditz: Gäbe es eine zentrale Schulpolitik, hätten wir bei jedem Regierungswechsel im Bund bundesweit eine neue Richtung und nie eine vernünftige Lösung bekommen. Ich weiß, wie schwierig ein Umzug mit Kindern in ein anderes Bundesland sein kann. Trotzdem glaube ich, dass die Länder auf ihre Bedürfnisse besser reagieren können als eine zentrale Organisation. Zudem hat man vor Landtagswahlen in der Schulpolitik Themen, bei denen landesspezifisch argumentiert werden kann. Und beim Schulstreit in NRW hat man ja gesehen, dass Lösungen gefunden wurden, die uns weitergebracht haben. Das ist eine Stärke des Föderalismus.

Befürworter des Primats der Landespolitik sprechen gern vom Wettbewerbsföderalismus. Wie drückt sich dieser Wettbewerb aus?

Gärditz: Nehmen Sie die Studienbeiträge, ein heißes Thema in den 90er-Jahren. In manchen Ländern sind sie eingeführt worden, in anderen nicht. Am Ende sind sie überall wieder abgeschafft worden, weil man junge Leute nicht vom Studium abhalten wollte. Da hat ein föderaler Konflikt experimentell dazu geführt, dass gemeinsam eine gute Lösung gefunden wurde.

Wer Länder stärken will, muss sie besser ausstatten, ist oft zu hören. Brauchen die Länder neue eigene Steuerquellen?

Gärditz: Sinnvoll wäre, die Länder auf Kosten des Bundes besser auszustatten, damit sie leistungsstärker sind. Beispiel: Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich. Da gieren die Länder ja fast danach, an die goldenen Zügel genommen zu werden. Wenn sie vom Bund finanzielle Hilfen beim Hochschulausbau haben wollen, nehmen sie gleichzeitig eine inhaltliche Mitsprache in Kauf. Hier verkaufen

die Länder ihr Tafelsilber. Sie haben doch jahrelang die föderale Struktur der Bildungspolitik verteidigt. Jetzt sind sie bereit, einheitliche Standards einzuführen, weil der Bund Geld dafür gibt. Da ist der Bildungsföderalismus in Teilen tot.

Sie haben in einer Diskussion im Landtag mal gesagt, die Landesparlamente müssten ihre ureigenen Kompetenzen „besser vermarkten“. Was meinen Sie damit?

Gärditz: Die Landtage sollten sich stärker darum bemühen, als politische Akteure wahrgenommen zu werden, die auch bundespolitische Akzente setzen. Denn: Wenn der Bund Recht setzt, müssen es die Länder vollziehen. Insofern finde ich gut, dass unser Landtagspräsident André Kuper erklärt hat, er möchte daran arbeiten, dass unser Parlament mehr Selbstbewusstsein zeigt. Ich denke, auf dem Weg soll-

ten wir weitergehen.

Wird es in 30 Jahren noch Landtagswahlen geben?

Gärditz: Ja. Ich glaube, dass gerade die Globalisierung und international engere Vernetzung die Forderung nach überschaubaren Gegenräumen aufkommen lässt, in denen man selbst noch gestalten kann. Regionale Vielfalt und Eigenheiten sind kein Provinzialismus.